

Wirtschaftsfaktor, Teil des Lehrplans in den Schulen, sozialer Treffpunkt und Wettkampfsowie Trainingsraum – das haben Deutschlands Bäder alle gemeinsam. Öffentliche Bäder sind Orte für das hoheitliche Schulschwimmen und ermöglichen der nachwachsenden Generation eine der zentralen menschlichen Kulturfähigkeiten, das Schwimmen, zu erlernen.

Seit Jahren sehen wir mit großer Sorge den unheilvollen Trend zu Bäderschließungen in Deutschland. Zu Lasten der Wassersicherheit der Bevölkerung und bezahlbarer sozialer Angebote versuchen die unter Finanzdruck geratenen Kommunen, durch unsystematische Schließungen von Bädern, ihre Haushalte zu bereinigen.

Öffentliche Bäder werden aufgrund ihrer Daseinsvorsorgefunktion regelmäßig von Kommunen bezuschusst. Im Vergleich zu anderen bezuschussten Einrichtungen fallen die Zuschüsse pro Besuch mit durchschnittlich 5-10 Euro (Quelle: Überörtlicher Betriebsvergleich Bäderbetriebe – ÜÖBV, Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.) allerdings bescheiden aus.

Der anhaltende Trend, ersatzweise Freibäder zu bauen oder auf so genannte Badeteiche auszuweichen, bietet witterungsbedingt weder die Verlässlichkeit des Angebots noch taugt die bauliche Struktur für Ausbildung und Sport. Hinzu kommt, dass die häufig von privaten Investoren erbauten Spaßbäder nicht den notwendigen Ausbildungsgesichtspunkten entsprechen. **Allein im vergangenen Jahr wurden 4.500 Schwimmprüfungen weniger abgenommen als im Vorjahr.**

Viele öffentliche Bäder stehen vor bisher ungelösten Problemen. Etwa die Hälfte der Anlagen weisen einen erheblichen Sanierungsstau auf; insbesondere Schwimmvereine und Wasserrettungsorganisationen berichten von einer zunehmenden Bedarfsunterdeckung, was sich zum Beispiel in zu langen Wartezeiten für Schwimmkurse auswirkt. Die aufgrund der sozialen und gesellschaftlichen Leistungen der Bäder erforderlichen Zuschüsse können wegen häufiger Finanzknappheit und struktureller Unterfinanzierung von den Trägern, hauptsächlich Kommunen, immer weniger geleistet werden. Die durch verschleppte Investitionen verursachte rückläufige Attraktivität der betroffenen Anlagen führt zu erheblichen Besucherverlusten und letztlich zur Schließung.

Um die Missstände wirksam zu bekämpfen, sind unter anderem folgende Maßnahmen zu ergreifen: So sollte eine angemessene und nachhaltige Bäderversorgung durch systematische Bedarfsplanung und Bedarfsdeckung im Rahmen eines bundesweiten Masterplans sichergestellt werden. Der Raum für Schwimmen kann nur weiterentwickelt werden, wenn auf allen räumlichen Ebenen der jeweilige Bedarf der Öffentlichkeit, der Schulen und der Sportvereine auf wissenschaftlicher Grundlage ermittelt und darauf aufbauend Raumprogramme (Wasserflächen, sonstige Flächen, Funktionsbereiche) aufgestellt und umgesetzt werden. Wir fordern einen goldenen Plan ähnlich dem der

1960er Jahre. Wir fordern die Politik auf, eine Gesellschaft ähnlich der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) zu gründen, die ausschließlich die Aufgabe hat, die Bädersanierung in Deutschland zu koordinieren; mit einem Zeitrahmen von zehn Jahren. Der Finanzbedarf beträgt etwa 14 Milliarden Euro, der je zur Hälfte vom Bund und Ländern/Kommunen getragen wird. Alle müssen wieder an einem Strang ziehen. Rettet die Bäder!

Die Finanzierung der öffentlichen Bäder muss nachhaltig gesichert werden. Der hohe Sanierungsstau zeigt deutlich, dass unter der Prämisse der grundsätzlichen kommunalen Zuständigkeit für die Finanzierung von Bädern eine nachhaltige, bundesweit einheitliche Bäderentwicklung nicht stattfinden kann oder zumindest nicht stattfinden konnte. Etwa drei Viertel der Lebenszykluskosten eines Bades entstehen während der Betriebsphase, weswegen auch die langfristige Finanzierung dieser operativen Kosten sichergestellt sein muss.

Begründung

Schwimmen ist eine der gefragtesten Freizeitaktivitäten der Deutschen. Öffentliche Bäder tragen zur Wohn- und Freizeitqualität einer Kommune bei, machen das Sport- und Freizeitangebot attraktiver. In unseren Schwimmbädern findet die Schwimmausbildung statt. Ohne sie kann keine adäquate Ausbildung erfolgen, immer mehr Menschen bleiben Nichtschwimmer. Doch das hindert diese Menschen nicht daran, Schwimmbäder und Badestrände aufzusuchen. Das mögliche Ergebnis spüren wir schon jetzt: allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2018 ertranken mindestens 445 Menschen in Deutschland. Bereits heute ist eine Verschlechterung der Schwimmfähigkeit in der Bevölkerung nachweisbar.

Fast 60% der Zehnjährigen sind keine sicheren Schwimmer mehr – so eine von der DLRG in Auftrag gegebene repräsentative forsa-Umfrage aus dem Jahr 2017; Ausbildungsangebote der schwimmausbildenden Organisationen gehen drastisch zurück, Wartelisten werden länger und Schulschwimmen als Schulsport findet vielfach nicht mehr statt. 25 Prozent der Grundschulen in Deutschland haben keinen Zugang mehr zu einem Bad – Schwimmausbildung wird so unmöglich.

Eine anhaltende Bäderschließung führt neben dem Rückgang der Schwimmfähigkeit in der Bevölkerung weiterhin zu einer Rückentwicklung der Schwimm- und Badekultur und in der Folge zu einem immer weiter reduzierten Beitrag öffentlicher Bäder zur Gesundheitsbildung, zur Standortqualität, zu gesellschaftlicher Wohlfahrt und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt. Darüber hinaus sind vor allem Freibäder Orte, an denen alle Gesellschaftsschichten zusammentreffen, sei es auf der Rutsche oder am Kiosk: Ein Freibad ist nicht nur Freizeitstätte, sondern auch Teil des kommunalen Gesundheitsangebots und vor allem Sozial-, Bildungs- und Kulturstätte. Nicht jede Familie kann es sich leisten, jährlich oder überhaupt in Urlaub zu fahren. Durch die anhaltende Schließung von Bädern verringert sich das Freizeitangebot in Kommunen drastisch.

Ferner begünstigt die oftmals rein an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete Politik eine Sozialauswahl der Nutzer, führt zu Ausgrenzungen, beschleunigt vor allem den Prozess sozialer Ausgrenzung.